Streitkräfte zuzuweisen, die nach Marokko entsendet werden sollten. So ist beispielsweise mit Bestimmtheit festgestellt, daß eine algerische Division, die in Syrien ihr Quartier gehabt hatte, bereits vom Hafen Beirut nach Marokko abfahren sollte, als der auf dem Dschebel Drus entstandene Aufstand die französischen Behörden nötigte, den Befehl zu geben, die Division an die Drusenfront zu schicken. Nebenbei bemerkt, haben zwei algerische Regimenter dieser Division gemeutert und wurden aufgelöst.

Bei einer weiteren Entwicklung des Aufstandes in Syrien werden die Franzosen nicht nur ihre Streitkräfte unmittelbar in den Gebieten, die vom Aufstand ergriffen sind, verstärken müssen, sondern auch in allen ihren nordafrikanischen Kolonien. Erst vor kurzem wurden in Tunis 25 000 Alpenjäger ausgeschifft; Algerien ist mit Truppen überschwemmt; der südliche Teil von Marokko, der an Senegalien grenzt, zieht zumindestens 40 000 Mann ab. Mit einem Wort: Abd el Krim hat von seinen anderen Brüdern ernste Hilfe erhalten, da sie zahlreiche Truppen in andere französische Kolonien abgelenkt haben, die sonst an die Riffront entsendet worden wären.

Die Lage in Syrien erinnert vielfach an die Lage in Marokko. Die patriarchalische Naturalwirtschaft des Rif unterscheidet sich durch nichts von dem wirtschaftlichen Aufbau des Dschebel Drus. Der gebirgige und wasserlose Dschebel Drus ähnelt durchaus dem Rif. Der Dschebel Drus erfreut sich wie das Rif bereits Hunderte von Jahren einer Autonomie, die die Drusen selbst unter der Herrschaft der türkischen Sultane zu verteidigen mußten. Der Dschebel Drus, der insgesamt eine Bevölkerung von 50 000 Leuten umfaßt, scheint dazu bestimmt, die Rolle des Führers im nationalen Befreiungskampfe Syriens zu spielen.

Die Franzosen befinden sich in Syrien in einer ebenso heiklen Lage, wie in Marokko. Sie müssen um jeden Preis mit dem Aufstande vor dem Eintreten der Regenzeit fertig werden. Es ist zu bezweifeln, ob ihnen das gelingen wird. Aber in einem solchen Falle wird sich der Aufstand um ein Jahr, wenn nicht um Jahre hinausziehen und der **französische Imperialismus wird Syrien und Marokko aufzugeben gezwungen werden.**

Kommissionen statt Preissenkung

Die Preisabbau-Pleite der Luther-Regierung vor dem Reichswirtschaftsrat.

Vor dem wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats haben der Reichswirtschaftsminister Neuhaus und der Reichsernährungsminister Kanitz wieder einmal über die Preisabbauaktion der Luther-Regierung geredet. Neuhaus und Kanitz, beide Deutschnationale, sind die Zollminister, Neuhaus der Minister der Eisenzölle, Kanitz der Minister der Brotzölle.

Ihre Preisabbaureden, nachdem sie den Preisaufbau durch ihre Wucherzölle angestachelt haben, waren ein jämmerliches Gestammel.

Neuhaus erklärt:

1. Die Steuergesetze haben die „Wirtschaft" entlastet. Einmal sind die Besitzsteuern gesenkt, zum anderen ist die Umsatzsteuer auf ein Prozent ermäßigt worden.

Aber folgt daraus, daß nun die Großkapitalisten auch die Preise senken? Sie denken nicht daran, den Wechsel Luthers am 1. Oktober einzulösen. Ein Beweis dafür, wie es gemacht wird, ist das Kohlensyndikat. Es erhöht erst einmal die Kohlenpreise auf die sogenannten Winterpreise, das heißt um 1,50 bis 4 Mark je Tonne, und ermäßigt dann im Anschluß an die Umsatzsteuersenkung die erhöhten Kohlenpreise um ein halbes Prozent, das heißt um 13 bis 20 Pfennig je Tonne. Solche „Preissenkungsaktionen" führt nicht nur das Kohlensyndikat aus. Die Regierung schweigt dazu.

2. Neuhaus stellt, ein wenig spät festum, fest, daß mangels der Handelsverträge, zu deren Abschluß die Bürgerblock-Regierung unfähig ist, jetzt die autonomen sehr hohen Zölle gelten, und daher in Kürze weitere Preiserhöhungen bevorstehen. Er enthüllt damit selbst den Schwindel von den autonomen Zöllen als solchen, die sich selbst durch Verhandlungen überflüssig machen. Aber er droht: Wenn es „der Wirtschaft" beifallen sollte, die Preise auf die autonomen Zölle einzustellen, so würde die Regierung „vielleicht" von ihrem Recht der Zollermäßigung Gebrauch machen. Das wagt der Minister zu sagen, der für die Erhöhung der Industriezölle sich eingesetzt hat, der als der Beauftragte des Industriekapitals im Luther-Kabinett nur dessen Aufträge auszuführen hat.

Kanitz erlaubt sich kleine Alunkereien. Er meint, daß die Preissenkung eigentlich schon da ist: das ergebe einmal der Brotpreis, der zwar nicht gefallen sei, wofür aber das Gewicht des Brotes sich etwas erhöht habe; das ergebe zum andern die Entwicklung der Indexzahlen.

Der Minister des Brotwuchers springt mit den Tatsachen ein wenig willkürlich um. Eine ganz geringfügige, schon wieder überholte Preissenkung für einige Lebensmittel genügt ihm, um die Preisabbauaktion als gelungen anzusehen. Die Wertätigen sind nicht so bescheiden wie die Minister der Brotzölle und der Einfuhrscheine, der alles daran setzt, die hohen Getreidepreise trotz der guten Ernte zu halten.

Wie steht es in der Tat mit der Preisentwicklung? Seit Wochen stehen die Kleinhandelspreise in Berlin fester als ein Luther-Wort: sie steigen wieder. Für Fleisch- und Wurstwaren ist der Berliner Index Anfang September von 146 auf 147,1 gestiegen, ebenso der für Fische von 174,2 auf 182,5. Der Kleinhandelsindex für Milch ist von 161 auf 162, der für das nach Kanitz billiger gewordene Brot und Mehl von 128,6 auf 129,5, für Hülsenfrüchte von 158,7 auf 162, für die übrigen Lebensmittel von 153,2 auf 161,2 in die Höhe gegangen.

Die geglückte Preisabbauaktion Luthers ist in Wirklichkeit neue Preissteigerung.

Die Zoll- und Steuerpolitik beginnt sich jetzt erst auszuwirken, weil jetzt erst die Zölle und Steuern in Kraft treten. Alles Geschwätz vom Preisabbau macht die Preise nicht billiger. Alles Geflunker des Brotzollministers Kanitz beseitigt nicht den Hunger der Massen.

Die ehrbare Körperschaft des Reichswirtschaftsrats hat sich die Ministerreden angehört und dann beschlossen, einen Ausschuß einzusetzen, der „eine umfassende Erhebung über die Produktions- und Organisationsbedingungen der deutschen Wirtschaft veranstalten soll," um die nötigen Grundlagen für die Handels- und Preispolitik zu schaffen".

Also ein Ausschuß, der erst einmal sich erkundigen soll, woher denn in der Zeit der hohen Zölle und Steuern die Wucherpreise kommen, warum sie in der Zeit der Einfuhrscheine und der Kartelle nicht fallen.

Eine bequeme Brücke — dieser Ausschuß, für Luther seinen Preisabbauwechsel am 1. Oktober zu prolongieren, wie es faule Zahler zu tun pflegen: Untersuchen wir erst einmal in Kommissionen „die Grundlagen der deutschen Wirtschaft". Inzwischen wuchern wir ruhig weiter, und die deutsche Arbeiterschaft läßt einen neuen Hungerwinter ruhig über sich ergehen.

Sicherheitspakt und Preußenregierung

Die kommunistische Fraktion brachte folgenden Antrag im Preußischen Landtag ein:

„Die Vertreter des preußischen Kabinetts haben, ohne die Entscheidung des Landtages einzuholen, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Reichskabinett sich für den Abschluß eines „Sicherheitspaktes" eingesetzt, der die Auslieferung des deutschen Volkes für die Kriegsdienste der Entente, besonders Englands, gegen Sowjetrußland bezweckt.

Es besteht die Gefahr, daß die Vertreter des preußischen Kabinetts dieselbe Stellung auch im Reichsrat einnehmen und damit ebenfalls Vorschub leisten, daß das preußische Volk als Kanonenfutter für die Entente ausgeliefert wird.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium wird beauftragt:

sowohl im Reichskabinett wie auch im Reichsrat gegen die Annahme des Sicherheitspaktes zu stimmen.

Berlin, den 24. September 1925."

Die Furcht des Bürgertums vor den „neuen" kommunistischen Zielen

Den deutschnationalen „Dresdner Nachrichten" ist die Furcht über die ernsthaft in Angriff genommene Bildung der proletarischen Einheitsfrontbewegung, über den Radikalisierungsprozeß bis in die Knochen gefahren. Unter der Ueberschrift „Die neuen Ziele der Kommunisten" veröffentlichen sie folgendes:

„Moskau hat den Befehl ausgegeben, daß der deutsche Kommunismus fürderhin auf ein Zusammengehen mit der nach links sich orientierenden deutschen Sozialdemokratie hinsteuern müßte. „Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, die Schaffung eines linken Arbeiterblocks mit allen Kräften zu fördern. Die Aufgabe der Partei ist die entschlossenste Orientierung auf die sich nach links entwickelnden Arbeitermassen innerhalb der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Ueber die Gewerkschaftsfraktionen hinaus muß ein Arbeiterlinksblock geschaffen werden, der unter kommunistischer Führung den Kampf gegen die Dawes-Front der Bourgeois zu führen lernt." Diese Losung wird auf der ganzen

Jung-Spartakus!

Jeder Pionier beteiligt sich am 11. Oktober am Jung-Spartakus-Tag in Halle

Linie befolgt. Die Angriffe der kommunistischen Zeitungen gegen die Sozialdemokratie büßen an Schärfe ein. Auf der anderen Seite machen sich innerhalb der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ähnliche Tendenzen bemerkbar. Der Breslauer Gewerkschaftskongreß war gegenüber den Kommunisten in der Sprache äußerst maßvoll. Die sozialistische Presseardeit zielt auf eine große rote Einheitsfront hin, wenn auch sehr viele Kräfte im Sozialismus sich vor den äußersten Konsequenzen ihrer Klassenkampfpolitik fürchten.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse fördern die beiderseitigen Bestrebungen auf Annäherung. Die steigende Arbeitslosigkeit stellt das stärkste bindende Element zwischen Sozialismus und Kommunismus dar, da sie organisierte Sozialisten und Gewerkschaftler stimmungsgemäß zu Kommunisten macht, da sie anderseits den organisierten Kommunisten stärkste Propagandamöglichkeit im sozialistischen Lager eröffnet."

Während unsere Ultralinken über eine Rechtsschwenkung schreien, versucht das Bürgertum, wo die Gefahr droht.

Wieder einmal totgesagt

Die SPD. läßt sich von Berlin nochmals die Zersetzung der KPD. melden. Wenn es nach der SPD. ginge, wäre die Partei in lauter Grüppchen aufgelöst. Die Sozialdemokraten haben unsere Partei sooft totgesagt, daß es zwecklos ist, darauf zu antworten. Die KPD. hat ihre politische Linie schon so geschlossen bezogen, daß eine kleine Gruppe von Außenseitern keine Bedeutung haben wird. Die Berliner Parteimitglieder haben sich nach einigen Schwankungen auf den Boden der Beschlüsse der Redakteur- und Sekretärkonferenz gestellt. Die Hoffnung auf die Zersetzung der KPD. dürfte auch diesmal vergebens sein. Ebenso wird die SPD. vergeblich auf die Rückkehr der Kommunisten in die Partei der Wels und Leipzig warten.

Wir werden in den nächsten Tagen die Diskussion mit Rosenberg-Scholem bringen. Raummangel ermöglichte uns das bisher nicht.

Eine neue weißgardistische Fälschung

Der Radikalisierungsprozeß der englischen Arbeiter hat die Bourgeoisie mobil gemacht. Mit allen Mitteln versucht man gegen die Entwicklung anzukämpfen. Die englischen Kapitalisten organisieren Streikbrecherbanden, verstärken die Polizei, verhaften Kommunisten.

Daß in diesem Reigen der übliche Schwindel von gefundenen Dokumenten nicht fehlen darf, ist klar. Das Wolffsche Tel.-Bureau verbreitet jetzt folgende Mitteilung, die natürlich von der bürgerlichen Presse mit Behagen abgedruckt wird:

„Daily Graphic" meldet, das Ministerium des Innern habe eine Sammlung von Kopien von Dokumenten erhalten, von denen versichert werde, daß sie die von der Sowjetregierung für Propagandazwecke in England in der Zeit von 1922 bis April dieses Jahres geleisteten Zahlungen aufweise. Ein Mitgliedvertreter dieses Blattes habe diese Kopien selbst gesehen. Die angeblichen Zahlungen beliefen sich insgesamt auf 638 161 Pfund Sterling.

Gewisse Gewerkschaftsvertreter sollen zusammen etwa 96 000 Pfund und sozialistische Parlamentsmitglieder und hervorragende Führer der Extremisten je 3000 Pfund erhalten haben.

Die höchste Summe, die ein Propagandist erhalten haben solle, betrage 5250 Pfund. Die Dokumente geben auch die Namen der Empfänger der Gelder an. Das Blatt bemerkt, daß die Echtheit der Dokumente allerdings noch nicht bewiesen sei. Eine amtliche Untersuchung der Angelegenheit sei dringend erforderlich. „Daily Graphic" sagt sodann, wenn man die Namen der Persönlichkeiten, die Geld empfangen hätten, nennen würde, so würde das eine ungeheure Sensation hervorrufen, aber aus auf der Hand liegenden Gründen könne dies gegenwärtig nicht geschehen."

Die Meldung trägt so deutlich den Charakter der Lügenhetze, daß man nach dem Sinowjewbriefschwindel nicht besonders auf die neueste Schwindelei einzugehen braucht.

Schiedsspruch in der Thüringer Metallindustrie

Erfurt, 24. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Die Schlichterkommission hat für die Erfurter Metallindustrie einen für beide Teile verbindlichen Schiedsspruch gefällt, der im Akkord einen Spitzenlohn von 66 Pf. und einen Grundstundenlohn von 65 Pf. vorsieht.

Immer neue Massenentlassungen

Hannover, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Massenentlassungen nehmen hier immer größeren Umfang an. In der letzten Woche fanden **umfangreiche Entlassungen in der Metall- und Maschinenindustrie, der Gummiwarenindustrie**, bei den Ziegeleien und im **Holzgewerbe** statt.

•

Mannheim, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Motorenwerke Benz haben weitere 35 ungelernte Arbeiter entlassen, die einen Revers auf fristlose Kündigung unterschrieben hatten. Man stellte die Gelernten an Stelle der Ungelernten an deren Arbeit.

Fortsetzung des Kölner Hafenarbeiterstreiks

Köln, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik im Kölner Hafen dehnt sich noch weiter aus. Von Mittwoch abend sind die Fuhrleute von zwei Häfen spontan dem Streik beigetreten.

Verschärfung im Hohenlimburger Metallarbeiterkampf

Hagen, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Einigungsverhandlungen zur Beendigung des Lohnkampfes in der Hohenlimburger Industrie sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer lehnten überhaupt ein Schiedsgericht ab. **So ist mit dem Ausbruch eines großen Lohnkampfes zu rechnen**, da die Unternehmer drohten, durch Gesamtaussperrung 30 000 Metallarbeiter brotlos zu machen.

Streik in den österreichischen Stinneswerken

Wien, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) In Donawitz ist bei der Alpinen Montangesellschaft in einem Betrieb von 1000 Arbeitern ein Streik ausgebrochen. Der Streikbeschluß wurde gegen den Willen der Gewerkschaftsbonzen, die zu bremsen versuchten, mit 4000 gegen 30 Stimmen gefaßt. Die Direktion gab eine Kundgebung heraus, in der sie erklärte, daß jeder, der nicht am heutigen Tage die Arbeit aufnimmt, entlassen ist. Ferner organisiert sich eine Technische Nothilfe und verspricht den Arbeitswilligen Schutz. Der Streik hat große Bedeutung wegen der allgemeinen Unruhe, die in der österreichischen Metallarbeiterschaft herrscht und kann zum Ausgangspunkt eines Kampfes auf breitester Grundlage werden. Obwohl der große Teil der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, besteht die Mehrheit des Streikkomitees aus revolutionären Arbeitern. Die Forderung der Streikenden lautet: Allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus.

Schutz den Monarchisten

Prag, 24. September. (Telunion.) Die Kommunistische Partei hatte gestern abend eine Massenversammlung nach Prag einberufen, in der gegen den weißen Terror in Bulgarien, Rumänien und Polen protestiert werden sollte. Es sprach der unlängst aus Bulgarien ausgewiesene deutsche kommunistische Abgeordnete Geidich aus Reichenberg über seine Eindrücke, die er in Bulgarien und Rumänien sammelte. Als er über das Regime der Siguranza zu sprechen kam, kritisierte er in heftigster Weise die Hohenzollern-Dynastie, deren Vertreter, der rumänische Kronprinz Karl, kürzlich in der Tschechoslowakei weilte. Bei der Kritik der Hohenzollern stand der anwesende Regierungsvertreter auf und erklärte die Versammlung für aufgehoben. Die Auflösung war von Tumulten begleitet, jedoch kam es zu keinem Eingreifen der Polizei.

Industrieverhandlungen Rußlands in London

Moskau, 25. September. (Telunion.) Bekanntlich hat die Sowjetregierung längere Unterhandlungen mit dem englischen Industriellen Urquart geführt, die schließlich abgebrochen wurden. Die Sowjetregierung machte dann Urquart den Vorschlag, nach Rußland zu reisen, um die Verhältnisse zu studieren und neue Verhandlungen anzubahnen. Dieser zog es jedoch vor, die Unterhandlungen wieder in London zu führen. Die Sowjetregierung beschloß infolgedessen, eine neue Delegation nach England zu senden. Diese Delegation wird unter Führung von Piatakow, einem leitenden Mitglied des Handelskonzessionsamtes, am 5. Oktober nach England reisen und wird bei dieser Gelegenheit auch mit Textil- und Bergbauindustriellen Fühlung nehmen.

Generalstreikstimmung im englischen Bergbau

London, 24. September. (Telunion.) Nach der Besprechung der englischen Bergarbeitervertreter erklärte der Bergarbeiterführer Richards, daß er von der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten nicht befriedigt sei. Er werde auf der nächsten Delegiertenkonferenz vorschlagen, alle Vorbereitungen zum Generalstreik zu treffen.

Genosse erfülle deine Pflicht! Wirb neue Abonnenten!